

in INLAND

Kantonale Abstimmung vom 27. November - Zürich SVP: Integration ist keine Staatsaufgabe

Zürich (sda) Integration ist nach Ansicht der SVP des Kantons Zürich keine Staatsaufgabe. Die Partei hat am Mittwoch vor den Medien ihre Argumente gegen die Weiterführung von Integrationskursen für ausländische Jugendliche dargelegt.

Der Kantonsrat hatte die 6,15 Millionen Franken für die Fortsetzung der Kurse bis 2008 bewilligt. Da die SVP das Behördenreferendum ergriff, entscheidet nun - wie schon vor drei Jahren - am 27. November das Volk. 2002 war der Kredit für die Jahre 2003 bis 2005 an der Urne nur ganz knapp gutgeheissen worden. Private Angebote nicht konkurrenzieren Integration sei Sache des Einzelnen und nicht des Staates, sagte der Zürcher SVP-Gemeinderat Roger Liebi an der Medienorientierung. Der Staat dürfe die Kultur der Selbstverantwortung nicht behindern. Es gibt gemäss Kantonsrat Emil Manser im Bereich der Integration privatwirtschaftliche Angebote. Der Staat habe diese nicht mit "Gratiskursen" zu konkurrenzieren, sondern müsse sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. "Staatliche Integration macht risikoscheu" Nach Ansicht von Liebi wirkt staatliche Integration desintegrierend. Die Betroffenen würden unbeweglich, risikoscheu und nicht motiviert, mehr zu leisten. Die SVP hofft, dass durch die Abschaffung der Integrationskurse der Kanton Zürich weniger attraktiv für Einwanderer würde. Aus einer ursprünglichen arbeitsplatzorientierten Immigration sei längst eine Zuwanderung zum sozialen System geworden, sagte Kantonsrat Claudio Schmid. Es sei niemandem zu verübeln, wenn er die Situation in seinem Heimatland mit hoher Jugendarbeitslosigkeit und bescheideneren Sozialleistungen entfliehen wolle. Es könne aber nicht die Aufgabe der Zürcher Steuerzahler sein, "sämtliche sozialen Unterschiede und Ungerechtigkeiten dieser Welt zu beseitigen".

Deskriptor(en): vot
parp
zh.
Typ der Meldung: 4 NORMAL
Datum: 20051019

322444, SDAD , 19.10.05; Words: 265, NO: 20051019rdz003